

heit der Ostdeutschen zu widersetzen und bisher vertane Chancen, ostdeutsche wie westdeutsche Erfahrungen für gesellschaftliche Neuansätze zu nutzen, nicht endgültig abhandeln kommen zu lassen. Fünzig Jahre nach Entstehung der beiden deutschen Staaten und sieben Jahre nach ihrer Vereinigung ist die Zeit für Rache und politisch motivierte Strafverfolgung endgültig vorbei.

Die PDS wird sich dem zentralen bundesrepublikanischen Thema der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit stellen. Sie unterbreitet ihre Vorschläge zur Auflegung eines langfristigen Programms öffentlicher Investitionen, mit denen eine ökologische- und Verkehrswende in der gesamten Bundesrepublik, vor allem auch in den neuen Ländern angestoßen und Infrastrukturverbesserungen in notleidenden Bereichen hergeführt werden und fordert die Ein-

richtung eines „Fonds für soziale und ökologische Gemeinschaftsaufgaben“ bei der Bundesanstalt für Arbeit, aus dem dauerhaft neue zukunftsreiche Tätigkeiten finanziert werden.

Neben diesen Schwerpunkten unterstützen die Landesvorsitzenden Vorschläge, sich im Wahlkampf auf wenige Projekte zu konzentrieren und diese für jedes Land konkret zu untersetzen.

1. Schluß mit dem Testfall Ost des Sozial- und Demokratieabbaus;
2. Bildung und Ausbildung - modern und zukunftsorientiert; einen Ausbildungsplatz für jeden Jugendlichen;
3. Starke kommunale Selbstverwaltung durch eine grundsätzliche Reform der Gemeindefinanzierung;
4. Gemeinsame Anstrengung gegen die zunehmende soziale Ausgrenzung in Deutschland gegen Armut, Obdachlosigkeit, Deklassierung!

Die PDS wird im Wahlkampf noch stärker mit ihren Positionen zum Euro in die Öffentlichkeit gehen. Wir sagen zur geplanten Einführung des Euro „Nein - so nicht“ und setzen uns weiterhin für ein soziales, ökologisches und demokratisches Europa ein.

Die Landeschefs fixierten gemeinsam mit Bisky und Bartsch die Wahlziele für die Bundestags- und Landtagswahlen 1998/99. Die Abwahl von Kohl beginnt mit den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt im April 1998. Die östlichen Landesverbände werden den Wahlkampf des Landesverbandes Sachsen-Anhalt personell, materiell und medial nach Kräften unterstützen.

Unseren Gegnern und Konkurrenten sagen wir: Die PDS wird die Hoheit auf den Straßen, Plätzen, im Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern behalten. Die PDS kämpft um jede Stimme! □

## Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen

### Von der 1. Behindertenpolitischen Konferenz der PDS

Am 13.9.1997 tagte in Berlin die 1. Behindertenpolitische Konferenz der PDS. Mitglieder der AG Selbstbestimmte Behindertenpolitik, Interessenten sowie Politiker/innen aus Parteivorstand, Bundestag und Landtagen – Menschen mit und ohne Parteibuch der PDS – diskutierten in der Lichtenberger Werkstatt für Behinderte, wie für die von ihnen geforderte gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben größeres Verständnis in- und außerhalb der PDS und bessere gesellschaftliche Voraussetzungen geschaffen werden können. Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch charakterisierte Behindertenpolitik als Menschenrechtspolitik mit Querschnittscharakter. Auch in der PDS müsse sie stärker als Selbstverständlichkeit mitgedacht werden. Zugleich sei Behindertenpolitik u. a. aber auch Politik von Behinderten für Behinderte, und deshalb wünsche er sich von den „unbequemen“ Partnerinnen und Partnern in der AG hartnäckigeres und rechtzeitiges Einfordern ihrer ureigensten Interessen. Er versprach, zukünftig – bei der PDS als Arbeitgeber – stärker auch auf behindertengerechte Bedingungen bei Konferenzen und Parteitagen zu achten und die vom Schwerbehindertengesetz vorgegebene 6%ige Beschäftigungsquote einzufordern.

Die Juristin Evelyn Kenzler, Mitglied der AG, untersuchte die „Rahmenbestimmungen für die Herstellung der Chancengleichheit für Behinderte“ (standard ru-

les), verabschiedet 1993 von der UN-Generalversammlung und auch von der Bundesregierung unterschrieben, auf juristische Verbindlichkeit und Einklagbarkeit. Obwohl es sich dabei um völkerrechtliche Empfehlungen handelt („soft laws“), böte die buchstabengetreue Umsetzung – entsprechenden politischen Willen vorausgesetzt – beste Chancen für die gleichberechtigte Teilhabe der Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben, Berufsleben inbegriffen.

Tägliche Realität aber ist, so die sozialpolitische Sprecherin Petra Bläss, daß Behindertenpolitik zur Unterabteilung der Sozialpolitik verkommt. Jahr für Jahr verschlechtern sich die Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen, ob durch Ausgrenzung aus Leistungen der Pflegeversicherung, Änderungen im AFRG, BSHG, Betreuungs- und Rentenrecht oder bei der sogenannten Gesundheitsreform. Anhand der Behandlung des PDS-Antrages zur Einsetzung einer Enquete-Kommission „Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen“ verdeutlichte sie Möglichkeiten und Grenzen für behindertenpolitische Initiativen im Bundestag. Der neue Vorstoß der PDS – ein Leistungsgesetz für Menschen mit Behinderungen – nimmt eine alte Forderung der Behindertenbewegung auf. Der Ausgleich behinderungsbedingter Mehraufwendungen durch ein steuerfinanziertes Leistungsgesetz wäre ein wesentlicher Schritt, um ein Leben in Selbstbe-

stimmung und Würde zu ermöglichen und das Benachteiligungsverbot des Grundgesetzes umzusetzen. Ilja Seifert schilderte drastisch aus eigenem Erleben die baulichen und kommunikativen Barrieren, vor denen Behinderte stehen. Er forderte für alle Entscheidungen die Einbeziehung von Selbsthilfeorganisationen – von der Vorbereitung, über die Klärung bis zur Umsetzung.

Erstes Fazit der 1. Behindertenpolitischen Konferenz der PDS: Es ist wichtig, daß gerade von unserer Partei sehr viele Aktivitäten und Initiativen zu Fragen des selbstbestimmten und würdevollen Lebens ausgelöst werden. Wir wollen mit Kompetenz und Entscheidungsbefugnis ausgestattete Behindertenbeauftragte. Wir wollen auch keine Almosen für Bedürftige, sondern ein einkommensunabhängiges Nachteilsausgleichsgesetz als staatliche Bringepflicht. Integration in gesellschaftliches Leben setzt die gleichberechtigte Teilnahme voraus. Wir müssen initiativ werden beim Abbau von Barrieren im öffentlichen Verkehr, bei Bus und Bahn, in Schulen, Kultur- und Sportstätten. Es geht um die Möglichkeit, einer Tätigkeit nachzugehen oder in Vereinen, in AG und IG mitarbeiten zu können. Auf allen Ebenen sind über parlamentarische und außerparlamentarische Initiativen dafür Voraussetzungen zu schaffen. **Ch. H.** Nachfragen bitte an: AG Selbstbestimmte Behindertenpolitik beim Parteivorstand der PDS (030/24009597)